



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 139 (1928)

80 (16.2.1928) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-344657](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-344657)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatlich 3.- M. 2.50 ohne Postgeb. Bei sonst. Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postkontonr. 17500 Karlsruhe Haupt-Vertriebsstelle Nr. 2. Haupt-Vertriebsstelle R. 1. 4-6. (Salmersmühlens) Vertriebsstellen: Waldhofstr. 8. Schneyerstr. 10-20 u. Werkelstr. 18. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 12 mal. Fernsprecher: 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je eins. Kolonialstelle für 14 Tage, Anzeigen 0,40 M. Restanten 3-4 M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorarbeiten für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene od. beschlagnahmte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Gerichtsstand ist Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Vorbereitung des Notprogramms

Auf der Suche nach einem Ausweg

Nervöse Beratungen

□ Berlin, 16. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Heute vormittag hat der Vizekanzler Dergat in Begleitung des Reichsarbeitsministers Brauns dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die Lage erstattet. Um 1/2 11 Uhr hat eine Besprechung mit der Wirtschaftskommission stattgefunden, deren Vertreter gestern aus technischen Gründen den Besprechungen nicht beigewohnt hatten. Heute nachmittag wird das Kabinett sich an die Aufstellung des Arbeitsnotprogramms machen. Gegen Abend, etwa um 8 Uhr, ist eine Besprechung mit den Parteiführern der Koalitionsparteien vorgesehen, in der das Kabinett seine Vorschläge unterbreiten will. Den verschiedenen Gerüchten, die wieder in der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes aufgetaucht sind und die von einem Scheitern der Verhandlungen und Auflösung der Koalition wissen wollen, ist mit der größten Skepsis zu begegnen.

Natürlich ist bei allen Parteien, so auch bei den Deutschnationalen, die Auffassung über die heute und morgen einzuschlagende Taktik nicht einheitlich. Was gegen die Annahme spricht, daß es zum Eklat treiben werde, ist die Erwägung, daß der ihnen überlieferte genehmigte Wahltermin, der 25. März, nur noch erreichbar wäre, wenn man durch ein verfassungsänderndes ad hoc Gesetz die 6 Wochen Vorbereitungsfrist mit Rücksicht auf die Osterferien auf 4 Wochen beschränken würde. Die Sozialdemokraten wollen, wie es heißt, für einen solchen Plan zu gewinnen sein, aber ob die Zweidrittelmehrheit mit ihrer Unterstützung zu erreichen wäre, sei dahin gestellt. Wenn somit der Termin des 25. März für die Deutschnationalen kaum noch in Frage kommt, so dürfte es ihnen gleichgültig sein, ob Ende April oder Mai gewählt wird, da so oder so die Wahlen, was man bei den Deutschnationalen und nicht nur bei den Deutschnationalen begreiflicherweise vermeiden läßt, in die Zeit der Tarifkämpfe fallen.

Dazu kommt ein zweites. Gehen die Deutschnationalen mit ihren Forderungen radikal vor, so spielen sie die so gut wie bewilligten Hilfsmassnahmen. Sie würden dann also mit leeren Händen vor ihre landwirtschaftlichen Wähler treten. Von Reichslandbundkreisen, die zweifellos gerade im Augenblick wieder einen starken Druck auf die Fraktion in Richtung Wählerwahlen ausüben, wird dem freilich entgegengehalten, daß aus den Wählerwahlen eine neue Rechtsregierung hervorgehen könnte, von der dann das Agrarprogramm erfüllt werden dürfte, während andererseits von einer Linksregierung das sogenannte Provisorium hinterher wieder zerklüftet werden könnte.

Groeners Antwort

Im Laufe der Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags hat der neue Reichswehrminister Groener auf verschiedene Anfragen geantwortet. Es ist bemerkenswert, daß er seine weitgehende Übereinstimmung mit den Parteiführern von den Deutschnationalen bis einschließlich der Demokraten betonen konnte. Die Sozialdemokraten hat er nicht mit einbegriffen. Hier besteht also weiter der Trennungsschritt, den die Sozialdemokraten selber durch ihre unverantwortlichen Angriffe auf die Reichswehr zwischen sich und der kleinen deutschen Wehrmacht ziehen. Die Demokraten waren so vernünftig, den neuen Reichswehrminister nicht von vornherein mit ausgesprochenen Mißtrauen zu begegnen. Ob sie diese Haltung auf die Dauer beibehalten werden, muß die Zukunft zeigen.

In der Antwort des Reichswehrministers war sicher manches, was ihnen nicht gefallen hat. Groener hat sich mit einer Wärme für das Offizierkorps eingelassen, die den demokratischen Anschauungen nicht ganz entspricht. Es war immerhin bemerkenswert, daß er sich bei seinen Erfahrungen über den Abfall im Offizierkorps zukunftsweisend auf den deutschnationalen Redner, Grafen von Schulenburg, bezog und die Kritik des demokratischen Redners, Freiherrn von Nitschows, nicht gelten ließ. Der Geist des Offizierkorps ist nach seiner zutreffenden Ansicht ausschlaggebend für die Truppe. Deshalb muß der Offizier eine seinem Range entsprechende Vorbildung genossen haben und einen bestimmten Bildungsgrad besitzen. Groener ist also nicht für eine Verwischung des Unterschiedes zwischen Truppe und Offizier, wenn er auch der Ansicht ist, daß es jedem tüchtigen Soldaten möglich sein muß, in den Offiziersstand einzutreten, vorausgesetzt, daß er sich Bildung und Wissen im notwendigen Umlange aneignet. Eine starke Enttäuschung bereitete er der Linken durch die Bewertung, die er der Garde angedeihen ließ. Er hat während seiner Dienstzeit im alten Heere ausgezeichnete Köpfe in der Garde gefunden, ist also weit entfernt davon, in das Verdammungsurteil einzustimmen, das die Linke über diesen Bestandteil des alten Heeres nicht scharf genug fällen kann. Die Ansichten, die Groener über Ehrlichkeit und Bescheidenheit des Offizierkorps äußerte, lassen den früheren Schluß zu, daß er zu einer falsch veränderten Demokratisierung der Reichswehr nicht die Hand bieten wird.

Auch in den übrigen Teilen seiner Antwort ließ der neue Reichswehrminister es an deutlichen Ablagen an den sozialdemokratischen Redner nicht fehlen. So war es über-

So stellt sich gegenwärtig, rein objektiv betrachtet, die Situation dar. Es kommt dabei darauf an, welche von den beiden Richtungen der Deutschnationalen Partei die Oberhand gewinnen wird.

Fraktionsführungen

□ Berlin, 16. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Vor der Plenarsitzung hielten die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung kurze Sitzungen ab, in denen lediglich der Bericht der Fraktionsführer über die Besprechung mit dem Vizekanzler entgegengenommen wurde. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten werden nach der Vollversammlung Fraktionsführungen abhalten.

Für und gegen Aufarbeitung

□ Berlin, 16. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, Abg. Drewh, wurde heute vom Vizekanzler Dergat empfangen und erklärte die grundsätzliche Bereitwilligkeit seiner Fraktion, an der schleunigen Aufarbeitung des dem Reichstag noch vorliegenden dringenden Arbeitsstoffes mitzuwirken. Die endgültige Aufgabe behält sich auch die Wirtschaftliche Vereinigung vor, bis zum Freitag, wo das Notprogramm der Regierung den Parteien vorgelegt werden soll.

Die kommunistische Reichstagsfraktion, die sich an den Verhandlungen über eine Weiterberatung im Reichstag nicht beteiligt hatte, hat beschlossen, heute im Plenum einen Antrag auf sofortige Auflösung des Reichstages einzubringen. Für den Fall der Ablehnung ist beabsichtigt, sofort einen generellen Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung zu stellen.

Was wird mit der Strafrechtsreform?

□ Berlin, 16. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichstagsausschuß für Strafrechtsreform sprach sich in einer Geschäftsordnungsdebatte über den weiteren Arbeitsplan aus. Es wurde beschlossen, zunächst nur noch eine Sitzung des Ausschusses zu veranstalten und zwar am Mittwoch, den 29. Februar. In dieser Sitzung sollen alle Restfragen der bisher behandelten Abschnitte, die dem Unterausschuß überwiesen waren, erledigt werden.

aus wirkungsvoll, wie er die scharfe Kritik des sozialdemokratischen Redners an der Beflagung der Reichswehrgebäude am Reichsgründungstage zurückwies. Er machte darauf aufmerksam, daß diese Beflagung einer Anordnung des Reichspräsidenten Ebert entspreche und erklärte, er habe nicht die Absicht, an dieser Verordnung irgend etwas zu ändern. Die Sozialdemokratie kam auch in einer anderen wesentlichen Frage nicht auf ihre Rechnung. In der sozialdemokratischen Presse wird immer getadelt, daß die Reichswehr sich dem Reichsbanner gegenüber ablehnend verhalte. Es wird behauptet, das Reichsbanner sei eine republikanische Schartruppe und verdiene deshalb eine andere Behandlung als die übrigen Verbände. Der Reichswehrminister Groener tat der Sozialdemokratie aber nicht den Gefallen, diese Unterföderung anzuerkennen. Er betonte vielmehr mit allem Nachdruck, das Reichsbanner habe politischen Charakter und der Arbeiter-Turn- und Sportbund stehe nach seiner eigenen Erklärung auf dem Boden des Klassenkampfes. Der Reichswehr bleibt also jede Verbindung sowohl im Reichsbanner wie in dem Arbeiterbund untersagt. Dagegen erkannte der Reichswehrminister an, daß die Kriegervereine unparteilichen Charakter hätten und daß dementsprechend nichts gegen eine Verbindung zwischen ihnen und der Reichswehr einzuwenden sei.

Das ist eine Zurückweisung sozialdemokratischer Forderungen auf der ganzen Linie und der neue Reichswehrminister kann sich darauf geföhrt machen, daß die Sozialdemokratie ihm diese Zurückweisung nicht vergessen wird. In allen den Kreisen aber, die die Reichswehr in ihrer jetzigen Gestalt erhalten wissen wollen, hat der Reichswehrminister die Anerkennung nur vergrößert, die er sich schon durch seine programmatischen Ausführungen im Haushaltsausschuß erworben hatte.

* Auch Hofschaler Dösch reist an die Riviera. Der Pariser Volkskünstler von Dösch hat einen 14tägigen Urlaub angetreten, von dem er die ersten Tage in Wien, den größten Teil aber an der Riviera verbringen wird. Er wird dort mit Dr. Stresemann zusammenreffen.

* Sowjetrefuge. Ein kommunistischer Arbeiter namens Duatter, der in der Nähe von Paris seit 10 Jahren in armen Verhältnissen lebt, wird den Neulingen aufseiner Einladung der Sowjetregierung folgend nach Moskau abreisen. Die Sowjetregierung hat ihm eine lebenslängliche Pension angeboten.

An die Arbeit!

Aus der viel zu lange schon auf uns lastenden parteipolitischen Gärung ist, wenn auch nur in sehr bedingtem Sinne, endlich eine Klärung entstanden. Nur mit einem Gefühl des erlösten Aufatmens kann man es begrüßen, daß nun endlich der Vorhang gefallen ist über das sehr peinvolle Schauspiel, das die Regierungsparteien im Kampfe um die Schulvorlage seit vielen Monaten boten. Seit langem schon war man sich darüber klar, daß eine Einigung über die zukünftige Gestaltung der deutschen Schule von den herrschenden Parteien angeht, die unüberwindlichen Gegensätzlichkeit ihrer weltanschaulichen Einstellung nicht mehr in Frage kommen konnte. All der erbitterte Streit der letzten Wochen war deshalb im Grunde genommen weiter nichts als durchaus überflüssige Verschwendung von Zeit und Nervenkraft. Doch jede der Regierungsparteien bemühte sich bis zuletzt, die Schuld an dem endgültigen Scheitern der Schulvorlage und damit am Verfall der Koalition dem anderen Koalitionsgenossen zuzuschreiben und sich so für die zu erwartenden Neuwahlen eine möglichst günstige Position zu sichern. Die Erkenntnis, daß durch solchen parteipolitischen Egoismus notwendigerweise das Volksganze leiden mußte und inzwischen andere sehr dringliche gesetzgeberische Aufgaben in den Vordergrund gedrängt wurden, fiel dabei unter den Tisch.

So ist es auch jetzt noch, nachdem nach langem Hängen und Wägen das in Wirklichkeit schon längst erfolgte Scheitern der Schulvorlage und der Bruch der Koalition in aller Deutlichkeit zu Grabe geläutert wird. Statt gemäß dem Lösungswort: „Das Vaterland über die Partei!“ das alle Parteien so oft und gern im Munde führen, nun vor allem darauf bedacht zu sein, daß das Volksganze und die allgemeinen Staatsinteressen durch die durch die Parteien Schuld geschaffene Situation keinen Schaden leiden. Haben die Parteien auch jetzt noch in allererster Linie nur im Sinn, wie sie sich von der Mißhandlung an dem ständigen Schauspiel langer Monate und dem jetzigen Auseinanderfall der Regierungsgesamtheit rein waschen können. Den Anfang damit machte, wie man für die Zeit der kommenden Wahlen wird festhalten müssen, die Deutschnationale Volkspartei. In einseitiger und herausfordernder Weise macht sie in einer offiziellen Erklärung den Versuch, die Schuld an dem ganzen Mißstand der Dinge auf die übrigen Parteien zu schieben. Und das Zentrum, mit dem die Deutschnationalen selbstamerweise beim Kampf um die Schule fast durchweg Hand in Hand gegangen waren, bereit sich, in dasselbe Horn zu blasen. All diese geistliche Heftigkeit vermag jedoch die Tatsache nicht zu verbannen und aus der Welt zu schaffen, daß die Deutsche Volkspartei es ist, die Anerkennung und Dank aller deutschen Männer und Frauen verdient, die den Liberalen Gedanken in Ehren halten und bei aller Ehrlichkeit, die sie vor den Traditionen und der Wirksamkeit der Kirche haben, doch gewillt sind, die Autorität des Staates nicht unterordnen zu lassen unter die Macht der Kirche.

Ein Nachgeben in den Fragen der Schule hätte, wie von dem bekannten volksparteilichen Abg. Dr. Mittelmann in dieser Lage noch mit aller Deutlichkeit betont wurde, eine „Auslieferung Deutschlands an das Zentrum“ bedeutet. Das trotzdem hierbei ein erheblicher Teil der Deutschnationalen sich bereit gefunden hat, dem Zentrum Handlangerdienste zu leisten, gehört zum traurigsten Kapitel neuerdeutscher Geistesgeschichte. Durchaus unverständlich muß es auch erscheinen, daß zahlreiche evangelische Konsistorien die evangelische Geistlichkeit mobil machten, um in eigner zu diesem Zwecke eingebrachten Versammlung Stimmungen für den Reudellischen Schulgesetzentwurf zu machen.

Solche Einstellung genügt von einer Verkennung der wahren Grundlagen der Situation und der Hintergründe aller Zentrumspolitik, die bei uns in Baden und in den anderen Ländern, die sich der Zentrumskirche erfinden und sie sich unter allen Umständen erhalten wollen, ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Wir waren uns von vornherein darüber klar, daß der Reudellische Entwurf als ein Kampfgesetz gegen die Gemeinshaftskräfte angesehen werden mußte. Zum unangenehmen Kampfe gegen dieses Gesetz war die Deutsche Volkspartei von Anfang an entschlossen und sie mußte es sein, wenn sie sich selbst und ihre beste Tradition nicht selbstmörderisch aufgeben wollte. Aus diesem Kampfwillen hat sie auch von Anfang an kein Hehl gemacht und schon gleich im Juli des Vorjahres, beim ersten Erscheinen des Reudellischen Gesetzentwurfes, ihr Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß an dem ersichtlich in aller Eile zusammengewürmelten Nachwerk noch die Eierschalen lebten und die Begründung für diesen für Deutschlands kulturelle Entwicklung so ungemein bedeutsamen Gesetzentwurf nicht weniger als sechs Wochen auf sich warten ließ. Wenn die Volkspartei ihren berechtigten Unwillen trotzdem zurückstellte und sich in der Erkenntnis, daß man als Koalitionspartei wohl oder übel die Forderungen der anderen berücksichtigen und ihnen Rechnung tragen muß, zur sachlichen Mitarbeit bereit erklärte, und diese tatsächlich mit größter Selbstüberwindung auch leistete, so kann man ihr dafür nur Anerkennung und Dank zollen. In den Augen aller Vorurteillosen sind deshalb die Vorwürfe, die jetzt der Volkspartei von den beiden anderen Regierungsparteien in so provokierender Weise gemacht werden, nur mit Pfeilen zu vergleichen, die auf den Schützen zurückzuführen. Das Zentrum hat, wie heute sehr treffend die „Alln. Sta.“ schreibt, mit einer bis zu einem verblödeten Fanatismus gehenden Unterwürfung der Deutschnationalen versucht, die kulturelle Erziehung des deutschen Volkes in mittelalterliche Bande hineinzuwickeln unter Verleugnung derjenigen Grundlagen, die es im Weimarer Schulkompromiß und auf seiner Grundlage in der Verfassung geschaffen hat. Wie sich in den Augen eines in diesem

